Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 131. **Mittwoch, den 21. August.** 1867

Preußische Sieges=Chronik 1866.

(Fortsetzung)

22. August: Abschluß des Friedensvertrages zu Berlin zwischen Preußen und Bayern. Bayern zahlt an Preußen 30 Millionen Gulden Kriegskosten.

(Fortsetzung folgt.)

Zur nordschleswigschen Frage.

Was würden wohl die Britten sagen, wenn sich die Handvoll Kymbren in Wales mit ihrem Jahrhunderte alten Haß gegen die sächsisch=normannischen Nachbarn zu ernstlichen Aufsaugungsplänen verstiegen und wegen jeder Grenzverrückung und Vergewaltigung auf den Beifall und die drohenden Verwendungen aller andern europäischen Mächte zu rechnen hätten?

Wir Deutschen können uns vielleicht die von den Herren Insulanern zu gewärtigende Sprechweise am besten construiren, denn wir befinden uns seit 20 Jahren in einer ähnlichen Lage und brauchen uns nicht erst in das Gefühl der Scham und des Zornes über so außerordentliche Zumuthungen hineinzuarbeiten. Es lebt noch in Aller Gedächtniß, wie die Dänen die schleswiger Deutschen aus ihrem Rechte setzten und im Widerspruch mit den feierlichsten Verträgen, aber im Vertrauen auf den Beifall des außerdeutschen Europa, jenes äußerste Glied von dem Gesammtkörper der Nation abzuschnüren versuchten.

Die Umbildung der Orts=, ja selbst der Geschlechtsnamen, die Verdrängung der deutschen Sprache aus Kirche, Schule und Gericht,, die unnachsichtliche Austreibung aller Deutschgesinnten durch polizeiliche Mißhandlungen jeder Art und der fortwährende Nachschub dänischer Ersatzmänner, das waren die Mittel und Wege, welche dem Hall'schen Ministerium gefielen; auch Frankreich, England, Schweden und Rußland hatten hiergegen nichts einzuwenden, sondern nur gegen die deutschen Verwahrungen Partei zu nehmen. Die Zuschauer interessiren sich ja gewöhnlich für den gewandten Kleinen, der sich an den unbeholfenen Riesen heranmacht, und Dänemark handhabte mit einem Verfahren, das jedem Großstaate als Verbrechen angerechnet worden wäre, genau betrachtet blos die geläufigen Grundsätze der hohen Diplomatie, welche unserem Vaterlande seit Jahrhunderten fast nur in dessen Eigenschaft eines gesammteuropäischen Kompensations= und Entschädigungsobjekts einige Wichtigkeit beilegte.

Erst 1864 gaben die Erfolge der österreichisch=preußischen Waffen den Dingen eine andere Gestalt. Obschon Dänemark auf der Londoner Conferenz im Vertrauen auf die Antipathie der übrigen Mächte in Deutschland billige Vergleichs=Vorschläge von der Hand wies, so mußte es doch nur zu bald erfahren, daß seine Verbündeten zuletzt doch nicht in einen Weltkrieg hineintreiben mochten, und der Wiener Frieden konnte kurz nachher die Buße für eine solche kühne Politik auferlegen. Schleswig, Holstein und Lauenburg wurden über den deutschen Bund hinweg an Oesterreich und Preußen abgetreten, und der Gedanke, daß der deutsche Name endlich wieder einmal in Ehren gekommen sei, schwächte bei uns die Einwendungen, welche sich gerade gegen die Regelung der ganzen Angelegenheit erheben wollten. Leider erwies sich indessen die Hoffnung, daß mit jenem Staatsacte die schleswigsche Frage für immer beigelegt werde, als eine trügerische, denn der Prager Frieden, welcher den blutigen Zerwürfnissen des vorigen Jahres ein Ende machte, verpflichtete Preußen zu einer Rücksichtsnahme auf die nationalen Ansprüche der Dänen in den schleswigschen Grenzdistrikten. Der Vorbehalt einer Volksabstimmung über das Verbleiben oder Nichtverbleiben bei dem neuen Staatsverbande ließ sofort mit der Erinnerung an Frankreichs Theilnahme bei dem Friedenswerke die Befürchtung sich erneuern, daß der westmächtlichen Diplomatie eine abermalige Basis zu deutschfeindlichen Einmischungen vorbehalten sei, und die Zögerungspolitik, welche das Kopenhagener Cabinet den jetzigen Ausführungsanträgen Preußens entgegensetzt, owie die jüngsten, wenn auch rasch zurückgenommenen Interventionsversuche des französischen Ministeriums der answärtigen Angelegenheiten, mögen diese Besorgnisse nur vermehren.

Glücklicherweise herrscht über die Stellung, welche Deutschland — und wir verstehen darunter nicht blos den norddeutschen Bund — gegen diese Frage zu nehmen habe, wohl keine Meinungsverschiedenheit. Vor Allem steht fest, daß sich Dänemark 1864 der Herzogthümer vollständig begeben hat. Ein 2 Jahre später zwischen den Siegern allein abgeschlossener Frieden verfügt zunächst über die Rechte, welche der eine Theil aus der Eroberung herleitete, und wenn Preußen dabei (nicht näher bestimmte Verpflichtungen zu Gunsten Dänemarks auferlegt worden, so will damit Oesterreich offenbar nur die Machterweiterung des bisherigen Gegners beschränken, keineswegs aber eine Geschäftsführung ohne Auftrag vollziehen, um den Dänen zu unmittelbaren Ansprüchen zu verhelfen. Die Rolle eines Vermittlers erhebt Frankreich noch nicht zum Garanten des Prager Friedens, und wie groß auch das beiderseitige Vertrauen zu der Mittelsperson gewesen sein möchte, so sind doch nur die den Vergleich abschließenden Parteien, nicht der Sühnestifter, zur authentischen Auslegung ihres Vertrages berufen. Welche Auslegung aber sich hier vollziehen muß, dafür bürgt schon die Art, wie der Reichskanzler seiner Zeit das Recht des deutschen Volks auf der Londoner Conferenz vertreten und mehr noch die Unmöglichkeit, daß Oesterreich des für die schleswig=holsteinische Sache vergossenen Blutes vergessen und auch moralisch von Deutschland sich lossagen könnte. Vor dieser Ueberzeugung gewinnt das Gerücht an Glaubwürdigkeit, welches den 5, Artikel des Prager Friedens mit einem geheimen Nebenvertrage in Verbindung briugt und die berufene Volksabstimmung nach Umständen bis zum Jahre 1870 vertagen läßt.

Für die endliche Auseinandersetzung sind bestimmte Grundsätze durch die Verhältnisse unwiederruflich vorgeschrieben. An der Spitze steht die Bedingung, daß Dänemark als Empfänger einer gewünschten, von den ehemaligen deutschen Vormächten ihm zugedachten Liberalität, deren Art und Betrag nicht zu bestimmen und ganz besonders kraft des nationalen Titels weder das Sundewit noch die Insel Alsen zu beanspruchen hat. Preußen muß das Recht verbleiben, die abermalige Anlegung eines Brückenkopfs auf der berühmten Düppelstellung in allen Zeiten unmöglich zu machen. Zum zweiten mußte Dänemark rücksichtlich der deutschen Minderheit, welche eine Volksabstimmung in den Grenzdistricten ihm überliefern könnte, alle für ihn nöthig zu erachtende Bürgschaften gegen wiederrechtliche Bedrückung übernehmen, und wenn dieselben sogar in der Einrichtung einer deutschen Consulargerichtsbarkeit bestehen sollten. Der Hinweis, daß der Rechtszustand in Dänemark vorgeordnet und die Herrschaft der Gesetze unzweifelhaft befestigt sei, kann hier nach den von den deutschen Erfahrungen nicht für genügend erachtet werden. Endlich hat man alle guten Dienste des Auslandes bei dem ganzen Geschäfte aus langjähriger, trauriger Bekanntschaft mit diesen Diensten in der Zuversicht abzulehnen, daß für eine derartige Politik, aber auch nur für eine solche, das gesammte Deutschland mit Begeisterung eingesteht.

Zur Situation.

— **Zur Salzburger Zusammenkunft.** Die Wiener „Debatte“ sagt in einem bereits telegraphisch erwähnten Artikel über die Salzburger Zusammenkunft:

Es ist ein offenbares Verkennen des Zusammentreffens der Herrscher von Oesterreich und Frankreich, wenn man dasselbe von dem Abschluß einer österreichisch=französischen Allianz für untrennbar hält. Eine solche Allianz dürfte kaum in den Absichten der Monarchen liegen, die sich morgen in Salzburg die Hände reichen werden, weil sie auch in der Situation nicht begründet ist. In diesem Augenblicke wird Europa von keiner Frage bewegt, die es nöthig erscheinen ließe, bedeutungsvolle Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen und unter solchen Verhältnissen eine Allianz schaffen, würde nur auf anderer Seite ein Mißtrauen hervorrufen, welches schon an und für sich geeignet wäre, den nicht bedroht gewesen Frieden zu gefährden. Man glaubt immer, die russisch = preußische Allianz in den Vordergrund drängen zu müssen. Besteht diese Allianz wirklich schon oder ist irgend eine Thatsache zu Tage getreten, welche deren baldigen Abschluß wahrscheinlich machte?

Diese Frage wird von der „Debatte“ verneint. Graf Bismarck werde sich vor einer solchen Provokation hüten, da er zunächst mit der Konsolidirung des norddeutschen Bundes zu thun habe. Die umlaufenden Gerüchte seien daher in das Gebiet müßiger Konjekturen zu verweisen. Am Schlusse wird jedoch dann wieder ein etwas verschiedener Gedankengang eingeschlagen und für möglich erklärt, was so eben erst widerlegt wurde. Es heißt:

Nur dann, wenn die Höfe von Berlin und Petersburg sich wirklich veranlaßt fühlen sollten, die ihnen bisher nur angedichtete Allianz abzuschließen, wird sich das übrige Europa durch die Gemeinsamkeit der gefährdeten Interessen genöthigt sehen, entschieden Position zu nehmen. So lange dies aber nicht der Fall ist, kann man auch nicht mit Fug und Recht von einer österreichisch=französischen Allianz sprechen. Die Zusammenkunft in Salzburg verliert aber dadurch nichts an ihrer Bedeutung, da sie doch für Berlin und Petersburg ein warnender Fingerzeig in der Richtung sein dürfte, daß morgen schon eine hochwichtige und maßgebende Thatsache werden kann, was heute noch nichts Anderes als der Ausdruck persönlicher Gefühle der Herrscher von Oesterreich und Frankreich gewesen ist.

Diese schaukelnde Bewegung ist allen offiziösen Aeußerungen aus Wien über die Salzburger Zusammenkunft eigen. Man will sie weder für bedeutungsloos, noch für bedeutsam erklären. Vorerst bürgt die ganze politische Lage dafür, daß nichts Besonderes dabei herauskommen wird.

— **Die orientalische Frage.** Täuschen nicht alle Anzeichen, so wird die orientalische Frage demnächst in Fluß gerathen. Ohne Zweifel haben Rußland und Preußen sowohl wie die Vereinigten Staaten theils indirectes Interesse, die Beschleunigung der Krisis im Orient zu wünschen. Preußen, weil es alsdann in der Ordnung der deutschen Verhältnisse weniger von den eifersüchtigen Augen des Auslandes überwacht werden würde; die Union, weil ihre europäischen Feinde durch Ausbruch der orientalischen Krisis in neue Verlegenheiten gestürzt würden, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Daß die Angelegenheit um mehr als einen Schritt gefördert worden, geht aus verschiedenen Anzeichen hervor, die auf den Entschluß der russischen Regierung schließen lassen, den gegenwärtigen Zustand Frankreichs und Oesterreichs zur Action zu benutzen. Griechenland rüstet und nimmt eine Sprache an, wie sie schwerlich zu hören wäre, wenn nicht das Bewußtsein eines starken Rückhaltes sie erklärlich machte. Die Aeußerungen des „Journal de St. Petersburg“ sind bekannt; minder bekannt aber dürfte ein Arikel des „Petersburger Russischen Invaliden“ sein, in welchem dieses ministerielle Blatt die Berichte bespricht, welche die englischen Consuln der Türkei an die britische Regierung sandten. Diese offiziellen Rapporte sprechen sich bekanntlich im Allgemeinen dahin aus, daß die Lage der christlichen Unterthanen des Großherrn nicht so trübselig sei, wie die russischen Agitationen sie darstellen möchten. Der englische Consul zu Belgrad besonders ist es, der sich den Unwillen des offiziösen Petersburger Blattes zugezogen hat; denn es nimmt keinen Anstand, den genannten Herrn für einen „verfluchten Slavenfeind“ zu erklären, ein Ausdruck, der sich in einem Regierungsorgan, zumal wenn er von den Vertretern einer befreundeten Regierung gebraucht wird, genügend zu denken giebt.

— Die orientalische Frage verwirrt sich immer mehr und mehr. In Kreta gelingt es der türkischen Armee trotz aller Siege nicht, den Aufstand zu unterdrücken, in Bulgarien droht die kaum unterdrückte Empörung von Neuem in hellen Flammen auszubrechen und die Rüstungen Griechenlands zeigen, daß man dort bereit ist, jeden Moment den Angriff gegen die Türkei zu beginnen. So scheint die Lage der Türkei ziemlich ernstlich bedroht und es hat fast den Anschein, als ob

der Tag anbreche, an dem die Türkei aus Europa hinausgejagt werden solle, aber trotz solcher drohender Anzeichen glauben wir, daß auch diesmal die Gefahr von dem Beherrscher aller Gläubigen abgewandt werden wird, denn die Westmächte haben augenblicklich noch ein viel zu großes Interesse daran, die Türkei zu erhalten, als datz sie den Versuchen der Zerstörung, welche wesentlich im russischen Interesse ausgeführt werden, irgend welchen Vorschub leisten sollten. Sollte trotz dieser Haltung der Westmächte, Rußland die Dinge im Orient doch bis zum Ausbruch kommen lassen, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß England und Frankreich der Türkei hilfreich zur Seite stehen würden, ihnen würde sich Italten anschließen, welches ja im ersten orientalischen Kriege den Keim znr Erreichung seiner Unabhängigkeit gepflanzt hat. Oesterreich, welches im vorigen Kriege die Westmächte nur durch eine militärische Demonstration unterstützte, wird diesmal wahrscheinlich auch weiter gehen und mit seiner Armee activ angreifen. Es frägt sich nun, wie Preußen sich im Fall eines neuen orientalischen Krieges stellen würde?

— Die Salzburger Zusammenkunft ist in dieser sonst stillen Zeit für die hohe Politik eine wahre Fundgrube für alle möglichen Gerüchte über Allianzen und weittragende Projecte. Das Wolff'sche Telegraphenbureau erzählt uns heute als Neuigkeit, daß die beiden Kaiser über die schwebenden Fragen gesprochen; aber — fügt es zu unserer Beruhigung hinzu — daraus folge noch nicht, daß es zu förmlichen Abmachungen kommen werde. Allerdings nicht – wir sind sogar der Meinung, daß die Enthüllungen des „Journal des Débats": Frankreich und Oesterreich wollten sich verbinden, um die Zweitheilung Deutschlands aufrecht zu erhalten, einstweilen noch von geringer Bedeutung sind, obschon fast die ganze französische Presse im gegenwärtigen Augenblicke für eine gemeinsame gegen Deutschland gerichtete Politik Frankreichs und Oesterreichs entschieden das Wort nimmt. „Seit der Brefreiung Venedigs — sagt die Pariser „France" — scheidet Frankreich nichts mehr von Oestereich. Beide haben im Orient ein gemeinsames Interesse, das ausschließliche Uebergewicht einer Macht oder eines Volksstammes fern zu halten. In Deutschland würde die Gründung eines preußischen Reiches, das alle deutschen Kräfte absorbirt, eine fortwährende Drohung für Oesterreich wie für den Frieden Europas sein. Jenseits des Rheins, wie jenseit der Alpen stießen wir früher immer auf die Action Oesterreichs, das stets bereit war, uns einen Querstrich zu machen; heute kann es uns nur secundiren. Deßhalb ist es so bedeutungsvoll, daß es das Werk seiner inneren Reorganisation glücklich vollendet. Eine Annäherung zwischen den beiden Kaiserreichen bedeutet den Frieden; denn es bedeutet: Preußen in richtigen Grenzen gehalten." — Nun wir glauben, Herr v. Beust wird sich noch überlegen, ob die enge und gefährliche Allianz mit einem Herrscher, der Oesterreich in der Stunde der höchsten Noth nicht wirksam helfend zur Seite trat, obschon er es damals mit mehr Nachdruck hätte thun können, als jetzt — von Oesterreich jetzt abgeschlossen werden kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Man schreibt der „D. A. Z." von hier: „Das von Herrn v. Dreyse erfundene Granatgewehr bewährt sich bei den in Spandau angestellten Versuchen immer mehr. Die Wirkung des Schusses ist eine ganz fürchterliche, und dabei ist die Waffe doch nicht von größerem Kaliber als das gewöhnliche Zündnadelgewehr und eben so transportabel. Zunächst soll versuchsweise die Einführung der neuen Waffe bei 12 Füsilier-Bataillonen stattfinden." — In einer am 15. August stattgehabten Versammlung der Conservativen der St. Lucas-Parochie, in welcher die Wahlangelegenheiten verhandelt wurden, unterwarf man das Verfahren des conservativen Wahl-Comités einer herben mißbilligenden Kritik. Im 2. Reichswahlkreise sei die Candidatur Heises definitiv aufgestellt gewesen, nun habe der Geh. Justizrath Wagener, Vorsitzender des conservativen Wahl-Comités, an die Vereine ein Schreiben gerichtet, welches die Candidatur des Ober-Bürgermeisters Seydel kategorisch fordert. Das ginge nicht, man wolle sich keineswegs Candidaten octroyiren lassen. Major Graf Hardenberg bekämpft auch dieses Ansinnen des Herrn Wagener. Man könne aus mehrfachen Gründen die Candidatur Seydels nicht acceptiren. Erstens habe Seydel, wenn auch nach rechts, doch immerhin die Fahne geschwenkt, sei also nicht charakterfest; zweitens habe er den Fehler, Ober-Bürgermeister von Berlin zu sein, welcher wegen seines jetzt conservativ strengen Regiments gegenüber seiner früheren liberalen Richtung viele Feinde habe. Außerdem sei es aber auch zu spät, um für Seydel zu wirken. Er gebe nur einem Conservativen vom reinsten Wasser, wie Herrn Heise, seine Stimme. Die HH. Hampel und Borchard tadeln unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung das schroffe Auftreten der beiden conservativen Mutter-Vereine, der Patriotischen Vereinigung und des Preußischen Volksvereins, gegen die kleinen conservativen Bezirksvereine. Man verlange von letzteren unbedingtes Folgeleisten, ohne aber eine Annäherung der Mühe werth zu halten. Hier wäre man schon lange kein Kind mehr, sondern auch politisch vollständig majorenn. Uebrigens gebe das Vorgehen des Central-Wahl-Comités Veranlassung zu der Annahme, daß dasselbe entweder aus ganz unfähigen Männern bestände, oder aber, daß man dort Gesinnungen heuchle, die man nicht habe, und absichtlich die Einigung der Conservativen hintertreibe. Man begreife sonst die versuchte Zersplitterung der Stimmen nicht. — Der Vorsitzende empfiehlt noch, für die Candidatur Heises eifrig zu wirken. (Zuk.)

Kassel. Am 17. d. Mts. hatten neun Mitglieder der letzten kurhessischen Ständeversammlung, die Herren Braun, Falckenheimer, Henkel, Hupfeld, Nebelthau, K. Oetker, Weigel und Wippermann, wegen der allgemeinen Landesangelegenheiten Audienz bei dem Könige. Herr Oberbürgermeister Nebelthau hielt Namens seiner Kollegen eine Anrede an den König, deren Inhalt nach der „Hess. Morgenztg" etwa folgender war:

„Wie Ew. königl. Majestät sich gnädig erinnern wollen, war ich wiederholt so glücklich, von den huldvollen Absichten Ew. Maj. meinen Mitbürgern und Mitständen die erste Mittheilung machen zu können. So war dies noch jüngst der Fall bezüglich der Sistirung der über den Staatsschatz verhängten Maßregel, eine Angelegenheit, auf welche neben Einführung einer neuen Landesrepräsentation in Kommunal- und Provinzialständen die gesammte Bevölkerung in allen Schichten das größte Gewicht legt. Die früher deshalb gegebenen Zusicherungen haben aber eine bedeutsame Erweiterung erfahren durch die wahrhaft landesväterlichen Aeußerungen, welche Ew. Majestät bei Gelegenheit des vorgestrigen Einzuges kundzugeben geruhten. Es hat dies bei den hier anwesenden Mitgliedern der letzten Ständeversammlung den Wunsch hervorgerufen, Ew. Majestät hierfür den ehrerbietigsten Dank abzustatten, zugleich aber das Wohlergehen und die Zufriedenheit ihrer neuen getreuen Unterthanen dem ferneren allerhöchsten Wohlwollen zu empfehlen und Ew. Majestät zu bitten, die Interessen des noch in manchen Beziehungen gedrückten Landes unter Ihren allerhöchsten Schutz zu nehmen. Auf Ew. Majestät steht unser ganzes volles Vertrauen!"

Se. Maj. der König erwiederte hierauf etwa Folgendes: „Ich kann Ihnen auch heute nur wiederholen, was ich schon in Ems und was ich schon vorgestern bei meiner Ankunft hier in Kassel gesagt habe. Was insbesondere den Staatsschatz betrifft, so ist, seitdem ich die Verordnung sistirt habe, die von mir vom Staatsminister erforderte Untersuchung über die hier einschlagenden Verhältnisse und Interessen im Gange. Ich kann natürlich nicht heute schon über die Details und namentlich über die demnächstige Administration dieses Kapitalvermögens Entscheidung treffen. Eines aber kann ich Ihnen schon heute versichern, daß dasselbe vorzugsweise den besonderen Interessen Hessens dienstbar bleiben soll, wie ich denn überhaupt die Hoffnung hege, den Wünschen und Interessen der hessischen Bevölkerung in jeder Beziehung entsprechen zu können. Uebrigens muß ich Ihnen bei dieser Gelegenheit nochmals meine Freude und meinen Dank für den mir gewordenen wirklich überraschenden Empfang aussprechen; namentlich nach dem, was in letzter Zeit vorgekommen, war ein so herzlicher Empfang eine wahre und schöne Ueberraschung für mich. Sagen Sie dies Ihren Mitbürgern." — Die Ansprache der Geistlichkeit erwiederte der König dahin, daß Niemand die Union, die er als theures Vermächtniß heilig halte, aufgezwungen werden solle, sie sei Sache freier christlicher Ueberzeugung. Er habe dies nur erwähnen wollen, um ungegründeten Besorgnissen zu begegnen. — Am 17. erfolgte die Abreise des Königs, die von lebhaften Zeichen der Volkssympathie begleitet war. Der König unterhielt sich schließlich noch längere Zeit mit den Vertretern der Stadt und stellte einen bald auf längere Zeit zu wiederholenden Besuch in Aussicht. In einer Besprechung des Besuchs des Königs bemerkt die „H. Morgenztg.":

Der mehr als zweitägige Aufententhalt desselben dahier hat, das läßt sich dreist behaupten, die schweren Sorgen, welche in der letzten Zeit die Bevölkerung Kurhessens bedrückten, bereits zu einem großen Theile gehoben. In seiner durch die einschneidenden Verordnungen hervorgerufenen großen Bedrängniß hatte das hessische Volk nur eine Hoffnung: die Berufung an den König, der nach allem früheren und bei gehöriger Darlegung der in Betracht kommenden Punkte schwerlich jene Maßnahmen in der Weise gewollt haben konnte, wie sie so große Beunruhigung hervorriefen. Und in dem Vertrauen auf die Absichten des Königs hat sich das Volk nicht getäuscht; der Reise desselben hierher lag augenscheinlich und nach einiger Erklärung des Königs der Zweck zu Grunde, selbst sich mit dem Volk zu verständigen und diesem dabei die Gewißheit zu verschaffen, daß er es wohl mit dem Lande meine. Dieser Zweck ist denn auch vollständig erreicht. Nicht nur haben die Erklärungen und Andeutungen des Königs über die Bewandniß, welche es mit den Verordnungen hat, große Beruhigung gewährt, sondern es hat auch die Persönlikeit des Königs wohl auf Jedermann den wohlthätigsten Eindruck gemacht. Aus dem freundlichen, wohlwollenden Wesen desselben hat man die Ueberzeugung gewonnen, daß er seines Theils den Wünschen des Volkes nachzugeben bereit sein werde. Bei der Abreise des Königs kehrten die aus Vertrauen hervorgehenden Zeichen der Freude wieder und das hoffnungsvolle Erwarten eines ganzen Volksstammes ist nun auf die in der Hauptstadt zu veranlassenden Schritte gerichtet.

Oesterreich.

— Der Kaiser und die Kaiserin der Franzosen sind am 18. d. Nachmittags 4¾ Uhr in **Salzburg** eingetroffen und am Bahnhofe von dem Kaiser und der Kaiserin von Oesterreich, sowie dem Erzherzog Ludwig Viktor empfangen worden; außerdem waren die Generalität, der Landeschef und der Bürgermeister der Stadt bei dem Empfange anwesend. Die Begrüßung der kaiserlichen Herrschaften trug einen äußerst herzlichen Charakter. Nachdem die Vorstellung der beiderseitigen Gefolge stattgefunden hatte, inspizirten die beiden Kaiser die als Ehrenwache aufgestellte Jäger-Kompagnie, deren Musikbande „Partant pour la Syrie" anstimmte. Von dem Bahnhofe fuhren beide Kaiserpaare in einem vierspännigen Hofgalawagen nach dem Schlosse. Das zahlreich versammelte Publikum begrüßte die Majestäten überall mit lebhaften Akklamationen. Der Kaiser Napoleon, sowie die Herren seines Gefolges waren sämmtlich in Civilkleidung; der Kaiser von Oesterreich trug die Marschallsuniform. — Am 19. d. Morgens promenirten beide Kaiser in Civilkleidern in den Straßen der Stadt. Im Laufe des Vormittags hatten beide Monarchen intime Besprechungen. Nachmittag werden die Majestäten einen Ausflug nach Schloß Aigen machen und Abends die Festvorstellung im Theater besuchen. Die Vermuthung, daß das französische Kaiserpaar seinen Aufenthalt bis Freitag verlängern wird, scheint begründet zu sein.

Frankreich.

— Der „Moniteur" vom 18. enthält die bereits am Napoleonstage mit Spannung erwartete kaiserliche Kundgebung. Sie besteht in dem folgenden aus dem Lager von Chalons vom 15. August datirten Schreiben des Kaisers an den Minister des Innern Marquis v. Lavalette:

Herr Minister. Sie wissen, welche Wichtigkeit ich an die rasche Vollendung unserer Kommunikationswege knüpfe. Ich betrachte sie als eines der sichersten Mittel, um die Kraft und den Reichthum Frankreichs zu steigern, denn allenthalben sind die Zahl und der gute Zustand der Wege die sichersten Zeichen für den fortgeschrittenen Zustand der Civilisation der Völker.

Ich habe bereits dem Minister der öffentlichen Bauten Weisungen ertheilt, damit er die Konzessionen neuer Eisenbahn-Linien vorbereite. Er soll zu gleicher Zeit die Mittel aufsuchen, um unsere Kanäle und die Schiffahrt unserer Flüsse, als Gegengewicht und Moderatur gegenüber dem Monopole der Eisenbahnen zu verbessern.

Doch darauf dürfen sich unsere Anstrengungen nicht beschränken. Die auf den Zustand des Ackerbaues gerichtete Untersuchung hat aufs Einleuchtendste gezeigt, daß der Bau des vollständigen Netzes der Vizinalwege eine wesentliche Bedingung für das Gedeihen des Landes und das Wohlbefinden jener ländlichen Bevölkerungen ist, die mir stets so viel Anhänglichkeit bewiesen haben.

Mit der Verwirklichung dieses Projektes beschäftigt, hatte ich Ihnen schon aufgetragen, gemeinsam mit dem Finanzminister, ein Ganzes von Maßregeln in Erwägung zu nehmen, das uns gestatte, binnen zehn Jahren das Netz der Vizinalwege durch die dreifache Unterstützung der Gemeinden, der Departements und des Staates zu beendigen. Indem ich außerdem den Wunsch hegte, den Gemeinden die Betheiligung an den Ausgaben zu erleichtern, hatte ich Sie aufgefordert, die Schöpfung einer Spezialkasse vorzubereiten, deren Bestimmung es sein wird, denselben die nöthigen Gelder vorzuschießen, und zwar im Wege von Anlehen zu einem mäßigen Zinsfuße, die erst nach einem langen Termine rückzahlbar wären.

Ich billige die Note, die Sie darüber an mich gerichtet haben, sowie die Prinzipien, die derselben zum Grunde liegen. Da jedoch, ehe dem gesetzgebenden Körper endgültige Beschlüsse vorgelegt werden, noch mehrere wichtige Fragen gründlich zu untersuchen sind, so ersuche ich Sie vollständige und genaue Elemente zur Information vorzubereiten. Die Berathungen der Munizipalräthe müssen selbstverständlich zum Ausgangspunkt für diese Arbeit dienen. Ich wünsche aber, daß bei der zu eröffnenden Ermittelung ein großer Antheil den Mitgliedern jener Departementalversammlungen zugewiesen werde, deren Vaterlandsliebe und Hingebung ich kenne und deren Unterstützung, wie ich weiß, mir nicht fehlen wird.

Ich rechne auf den erleuchteten Eifer und die energische Thätigkeit, die Sie stets bewähren, seitdem ich Sie an die Spitze des Departements des Innern gestellt habe, um die administrative Ermittelung rasch zu Ende zu führen und dem gesetzgebenden Körper bei seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Ausführung des Werkes, dessen Verwirklichung mir so sehr am Herzen liegt, sichert.

Danach, Herr Minister, bitte ich Gott, daß er Sie in seine heilige Obhut nehme.

Napoleon.

Der „Moniteur" theilt weiter die in dem kaiserlichen Briefe erwähnte „Note über die Beendigung des Netzes der Vicinalwege" mit, welche der Minister des Innern im Auftrage des Kaisers abgefaßt hat. Es werden darin besonders folgende Punkte ins Auge gefaßt: 1) die wichtigeren Vicinalwege sind in einem Zeitraum von 10 Jahren zu beenden; 2) die Gemeinden, die Departemens und der Staat haben sich bei den Ausgaben zu betheiligen; 3) es ist eine Kasse zu begründen, welche den Gemeinden die Beschaffung ihres Beitrages erleichtert. Die Kosten der Ausführung und Unterhaltung während der nächsten 10 Jahre werden auf 800 Millionen Francs berechnet. Schon jetzt sind die Vicinalwege mit jährlich 41 Millionen dotirt, was in 10 Jahren 410 Millionen ergiebt; weiter sollen die Kommunen 200 Millionen, die Departements 100 Millionen, der Staat 100 Millionen für diesen Zeitraum beschaffen. Die unter Staatsgarantie zu gründende „Kasse für die Vicinalwege" soll den Gemeinden die nöthigen Mittel in vierprozentigen Obligationen beschaffen, die nach 30 Jahren zu amortisiren sein würden.

Ein weiterer Bericht des Ministers des Innern beschäftigt sich mit den Maßregeln, die zur Ausführung der Ideen des kaiserlichen Briefes erforderlich sein würden. Es soll sofort ans Werk gegangen werden und es bedarf der Mitwirkung der Gemeinderäthe und der Generalräthe der Departements, um theils die Vicinalwege zu klassifiziren und die nöthigsten Bauten zu bezeichnen, theils über die Mittel weiter zu berathen, so daß in der nächsten Sitzung des gesetzgebenden Körpers ein die ganze Materie umfassendes Gesetz vorgelegt werden kann. Ein kaiserliches Dekret verfügt, daß die Gemeinderäthe bereits in den ersten 10 Tagen, die Generalräthe in den letzten 10 Tagen des September außerordentlich zusammentreten sollen. Im Oktober und November sind diese Vorarbeiten dann durch Kommissionen und durch Mitwirken der Präfekten weiter zu fördern. Ein Cirkular des Ministers an die Präfekten versieht diese mit den erforderlichen Weisungen.

Provinzielles.

Graudenz, den 17. August. Herr v. Hennig in Berlin hat in einem im „Ges." abgedruckten offenen Briefe an die deutschen Wähler der Kreise Graudenz und Strasburg, gegenüber einer in demselben Blatte veröffentlichten Erklärung der HH. Vogel, Jung und Korthals in Lautenburg, daß sie ihm ihre Stimmen bei der Wahl eines Abgeordneten zum Reichstage nicht geben könnten, „weil er die Grundsätze der Fortschrittsparlei verlassen habe", sich bemüht, die gegen ihn gerichteten Einwendungen zu entkräften, und bittet die Wähler schließlich, dahin zu wirken, daß an seine Stelle ein anderer deutscher Candidat aufgestellt werde, auf den sich alle deutschen Stimmen vereinigen.

Danzig. Seit acht Tagen wurde hier fast von nichts weiter gesprochen, als von der zum 18. mit so viel Eklat angekündigten Luftfahrt der Gebrüder Berg aus Moskau. Die kühnen Russen ließen denn auch heute gegen Abend ihren mit 55,000 Kubikfuß Leuchtgas gefüllten seidenen Ballon vom Hofe der Kaserne Wieben steigen. Einige tausend Zuschauer wohnten denn auch in unmittelbarer Nähe gegen Entree und viele tausend außerhalb ohne Entree der $3\frac{1}{2}$ stundenlangen Füllung des Ballons bei ohrenzerreißender Musik und der ca. 10 Minuten langen Luftfahrt bei. Als Passagiere stiegen die Gebr. Berg und ein hiesiger Schiffskapitän mit auf. Der Ballon stieg etwa 1000 Fuß hoch und wurde dann durch den Südwestwind scharf nach Ost=Nord=Ost getrieben, wobei die Luftschiffer in Gefahr geriethen, auf die Ostsee zu kommen. Dieselben öffneten daher gleich nach dem Aufsteigen das Ventil und der Ballon kam gleich hinter den äußeren Festungswällen glücklich zur Erde. Das Publikum war natürlich ziemlich enttäuscht, doch wollen die Aeronauten hier noch eine zweite Luftfahrt machen.

Lokales.

— **Verwaltungsbericht des Magistrats pro** 1866. (Schluß.) Das evangelische Bürgerhospital hatte im v. J. ein Vermögen von 38,298 Thlr. (mehr 389 als 1865) und wurde von 37 Personen incl. 4 Dienstboten bewohnt.

Das Vermögen des Elenden-Hospitals, 12,161 Thlr., hat sich im v. J nicht verändert. In demselben hatten 23 Hospitaliten Aufnahme.

Das katholische St. Jakobs-Hospital mit 17 Hospitaliten, welches kein eigenes Vermögen hat, erhält vom Staate eine jährliche Kompetenz von 666 Thlr. 20 Sgr.

Das evangelische St. Georgen-Hospital hatte 1866 ein Vermögen von 13,190 Thlr. (weniger 45 Thlr. als 1865), was dem Umstande zuzuschreiben ist, daß pro 1865: 135 Thlr. 15 Sgr. 1 Pf. Einkaufsgeld neu aufgenommener Hospitaliten und Erlös für den Nachlaß verstorbener Hospitaliten eingekommen, während pro 1866 solche Einnahmen ganz ausgefallen sind.

Schulwesen. Die Zahl aller, die städtischen, öffentlichen und 4 Privatschulen (excl. des Gymnasiums) besuchenden Schulkinder beträgt 1866: 1829, 1865: 1902, 1864: 1884

Es unterrichteten an den städtischen, öffentlichen Schulen 32 ordentliche und 5 Hilfslehrer und Lehrerinnen.

Das gesammte Schulwesen hat gekostet 13,236 Thlr. 11 Sgr. 1 Pf., wovon 8475 Thlr. aus der Kämmereikasse zugeschossen worden sind.

Die Notiz des Berichts über die Zahl der Schüler in der Schule der hiesigen Synagogen-Gemeinde ist nicht genau. Im Berichte heißt es, die Schule haben 1866: 49 Kinder und i. J. 1865: 192 Kinder besucht, somit 1866 weniger 143 als 1865. Die Zahl vom Jahre 1865 umfaßt die Kinder der Elementar- und der Religionsschule, die vom Jahre 1866 nur die Kinder der Elementarschule. Im Jahr 1866 besuchten beide Schulen 189 Kinder, also nur 3 weniger als 1865.

Kirchenwesen. Zu Patronatsbauten sind 1006 Thlr. (mehr 9 Thl. als 1865) verausgabt.

Das Artusstift hatte 1306 Thlr. Einnahme und 670 Thlr. Ausgabe. Die statutenmäßig vorgeschriebene Unterstützung von Thorner Jünglingen, welche sich einem künstlerischen Berufe widmen, hat in diesem Jahre nicht stattgefunden. — Die früher alljährige Abzahlung von 100 Thlr. auf die Kapitalschuld an die städtische Feuerkasse hat in diesem Jahre nicht stattgefunden, es wird der Bestand zum Ausbau des wegen Baufälligkeit abgebrochenen Hinterhauses Nr. 181 Altstadt reservirt. — Die Schuld an die Gasanstalt wird dadurch allmählig getilgt, daß pro Theater-Vorstellung ein Thaler mehr erhoben und am Schluß des Jahres an die Kämmereikasse abgeführt wird.

Das Vermögen der Testament- und Almosen-Haltung betrug ult. 1866: 81,406 Thlr. (mehr 209 Thlr. als 1865).

Das milde Stiftungs-Depositorium, welches die depositalmäßige Verwaltung der Kapitalsvermögensmassen von Kirchen, Korporationen, milden städtischen Stiftungen und sonstigen Kapitalien seitens des Magistrats auf Grund von Patronatspflichten, Fundationen, testamentarischen Anordnungen oder statutarischen Bestimmungen in sich begreift, schließt in seinem Gesammtbestande von 45 Massen ult. Dezember 1866 mit der bedeutenden Summe von 317,344 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf ab (mehr 2458 Thlr als 1865).

Bei 21 Feuer-Assekuranz-Gesellschaften sind 5,418,629 Thlr. Mobilien (923,051 Thlr. mehr als 1865) versichert, davon 1,143,983 Thlr. bei der North British et Mercantile, 995,347 Thlr. bei der Gothaer, 800,548 Thlr. bei der Aachen-Münchener, 503,569 Thlr., bei der Leipziger, 495,097 Thlr. bei der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft.

Für die verwundeten und erkrankten Krieger wurden im v. J. außer alledem, was in Natura reichlich gegeben und verwendet worden, 3731 Thlr. gesammelt.

— **Freiligrath-Dotation.** Die Summe der bis zum 1. August c. bei dem Central-Comité in Barmen eingezahlten Beiträge für ein National-Geschenk an den Dichter Freiligrath beläuft sich auf 14,413 Thlr. — ein für eine so große Nation noch recht geringes Resultat.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier $18\frac{1}{2}$ pCt. Russisch-Papier $18\frac{3}{4}$ pCt. Klein-Courant 21 pCt. Groß-Courant 10 pCt. Alte Silberrubel 8 pCt. Neue Silberrubel 5—6 pCt. Alte Kopeken 10—12 pCt. Neue Kopeken 15 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 20. August. Temp. Wärme 14 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 4 Fuß 7 Zoll.
Den 21. August. Temp. Wärme 14 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich. Wasserstand 4 Fuß 5 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Indem wir Herrn Arenz für das am vor. Sonntage schön arrangirte Fest danken, ersuchen wir denselben, gelegentlich, so lange die Abende noch schön sind, ein derartiges Vergnügtsein zu wiederholen.

Mehrere Gäste.

Inserate.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 16. Juli cr. (Nr. 111 und 112 des Thorner Wochenblatts) bringen wir hierdurch zur Kenntniß, daß der Tag der Wahl zum Reichstage des Norddeutschen Bundes Seitens des Herrn Ministers auf

Sonnabend, den 31. August d. J.

festgesetzt ist, und daß die Wahlhandlung an diesem Tage **um 10 Uhr Vormittags beginnt und um 6 Uhr Nachmittags** geschlossen wird.

Indem wir untenstehend die Eintheilung der Wahlbezirke unter Bezeichnung der Wahlvorsteher und der Wahllocale folgen lassen, fordern wir die zur Wahl berechtigten Personen auf, sich an dem obengenannten Wahltage in dem Wahllocale ihres Wahlbezirks einzufinden, und ihre Stimme abzugeben.

Die Wahl wird durch Abgabe eines auf **weißem Papier geschriebenen oder gedruckten Stimmzettels** ausgeübt, auf welchem **der Name und die Bezeichnung des Gewählten dergestalt, daß über seine Person kein Zweifel obwaltet, geschrieben resp. gedruckt sein muß.** Der Stimmzettel muß außerhalb der Wahllocale ausgefüllt und dergestalt zusammengefaltet sein, daß der auf demselben verzeichnete Name verdeckt ist. Mit der Unterschrift des Wählers oder mit einem äußern Zeichen darf kein Stimmzettel versehen werden. Alle Stimmzettel welche der vorstehenden Beschreibung nicht enspechen, sind ungültig.

I. Wahlbezirk.

Altstadt Nr. 1 bis 181 nebst Brückenthor, Bahnhof, Brückenzollhaus, Fährwachthaus, Grundstücke des **Müller** und **Reimann** an der Weichsel und Schankbude am jenseitigen Weichselufer.

Wahllocal: Vorsaal im Arthushofe Nr. 181 Altstadt.

Wahlvorsteher: Stadtrath **Tæge.**

Stellvertreter: Stadtrath **Donisch.**

II. Wahlbezirk.

Altstadt Nr. 182 bis 282 nebst Bromberger Thor, Fischerei Vorstadt, Ziegelei Ziegelei-Kämpe, Krowiniec, Grünhof, Bromberger Vorstadt und die Schiffer auf Kähnen und ohne bestimmte Wohnung, deren Namen die Anfangsbuchstaben **A.** bis **E.** haben.

Wahllocal: Städtische Töchterschule Nr. 260—61 Altstadt.

Wahlvorsteher: Stadtrath **Lambeck.**

Sellvertreter: Stadtverordn. **Schirmer.**

III. Wahlbezirk.

Altstadt Nr. 283 bts 463 nebst Culmer Thor, und die im Bezirk II bezeichneten Schiffer, deren Namen die Anfangsbuchstaben **F.** bis **K.** haben.

Wahllocal: Magistrats-Sitzungszimmer im Rathhause.

Wahlvorsteher: Stadtverordn. **C. Mallon.**

Stellverteter: Stadtverordn. **O. Pohl.**

IV. Wahlbezirk.

Neustadt Nr. 1 bis 114. Alte und Neue Jacobsvorstadt und die im Bezirke II bezeichneten Schiffer, deren Namen die Anfangsbuchstaben **L.** bis **Z.** haben.

Wahllocal: Aula im Gymnasium Nr. 23—27 Neustadt.

Wahlvorsteher: Stadtrath **Joseph.**

Stellvertreter: Stadtrath **Behrensdorff.**

V. Wahlbezirk.

Neustadt Nr. 115 bis 331, Jacobs-Thor, Alte und Neue Culmer Vorstadt.

Wahllocal: Schützenhas Nr. 307 Neustadt.

Wahlvorsteher: Stadtrath **Engelke.**

Stellvertreter: Stadtrath **Heins.**

VI. Militair-Wahlbezirk.

Sämmtliches Militair.

Wahllocal: 2. Stube links im Offizier-Casino.

Wahlvorsteher: Hauptmann v. **Krause.**

Stellvertreter: Hauptmann **Kumme.**

Thorn, den 20 August 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 445 Klafter kiefern Klobenholz zum Bedarf für die Kämmerei und die städtischen Institute soll am

Montag, 26. August cr.
Nachmittags 5 Uhr

in unserem Secretariat im Wege der Licitation an den Mindestfordernden ausgeboten werden, und sind die Bedingungen in unserer Registratur einzusehen.

Jeder Bieter muß eine Caution von 250 Thlr. deponiren.

Thorn, den 17. August 1867.

Der Magistrat.

Die Verlobung unserer Tochter **Therese** mit dem Herrn **Leopold Lindenheim** aus Briesen zeigen wir ganz ergebenst an.

Thorn, den 21 August 1867.

Eabian Kalischer und Frau.

Den geehrten Herren Collegen, den Herren Sängern, dem Vereine der jungen Kaufmannschaft, sowie den jungen Damen und Allen denen, die sich bei der Begräbnißfeier unserer guten Tochter so liebevoll betheiligt haben, unsern tiefgefühlten Dank.

Zittlau nebst Frau und Familie.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**